

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 05.12.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Vertreter für Herrn Misch
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Frau Birgitt Berthold	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Werner Misch	CDU	wurde durch Herrn Roland Hildebrandt vertreten
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck**, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin wurde als neues Mitglied des Ausschusses **Frau Birgitt Berthold als Sachkundige Einwohnerin** vorgestellt. Sie ersetzt **Frau Julia Burghardt**.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Sie teilte mit, dass die Niederschrift zur Sitzung vom 14.11.2013 erst heute als Tischvorlage verteilt wurde. Aus diesem Grund kann eine Genehmigung dieser noch nicht erfolgen. Demnach werde der Tagesordnungspunkt 3.2 abgesetzt.

Frau Krausbeck kündigte an, aufgrund der ergangenen Sturmwarnung zunächst das Ende der Sitzung um 18:00 Uhr anzuvisieren, zum konkreten Weiterverlauf aber die Ausschussmitglieder dann noch mal zu befragen.

Es gab zwei Änderungsanträge zur Spielplatzkonzeption. Der Antrag der Fraktion MitBÜRGER wurde inhaltlich nicht verändert, nur verständlicher formuliert.

Hinsichtlich des TOP 4.2 fragte **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion** nach, ob die Verwaltung geprüft habe, dass diese Vorlage rechtmäßig auf die Tagesordnung genommen worden sei. Er verwies dazu auf die 6-Monats-Frist der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse.

Frau Krausbeck nahm dazu Stellung und erläuterte, dass dieser Sachverhalt nicht unter die Regelung des § 17 der Geschäftsordnung falle. Die dort genannten Tatbestände träfen nicht zu, es handele sich hier um den Antrag auf Aussetzung eines Stadtratsbeschlusses.

Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister ergänzte, dass auch die Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt dazu keine Regelung enthalte.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

→ Der geänderten Tagesordnung wurde zugestimmt.

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2013
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Bestellung einer Protokollantin für den Ausschuss für Ordnung und

- Umweltangelegenheiten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2013/12167
- 4.2. Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V. Vorlage: V/2013/12229
 - 4.3. Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013 Vorlage: V/2012/11313
 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord
Vorlage: V/2013/12097
 - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013
Vorlage: V/2013/12112
 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2013

Der Niederschrift wurde zugestimmt.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2013

Da diese Niederschrift erst am Sitzungstag ausgeteilt worden ist, wird die Genehmigung auf den 16.01.2014 vertagt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Bestellung einer Protokollantin für den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2013/12167

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende führte in die Vorlage ein und dankte Herrn René Müller, welcher ab Oktober ausgeschieden ist, ausdrücklich für seine geleistete Arbeit als verantwortlicher Protokollant für den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten. Gleichfalls wurde Frau Renée Fischer für ihre Arbeit als stellvertretende Protokollantin gedankt.

Als verantwortliche Protokollantin soll nun Frau Katrin Flint bestimmt werden. Aufgrund von Urlaub wird sie die Tätigkeit ab Januar 2014 aufnehmen.

Beschlussvorschlag:

Im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten der Stadt Halle (Saale) bestellt der Oberbürgermeister Frau Katrin Flint ab dem 14.11.2013 als Protokollantin für den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4.2 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V. Vorlage: V/2013/12229

Herr Zwick, Leiter des Dienstleistungszentrums Klimaschutz brachte die Vorlage für die Verwaltung ein. Es gehe um die Verschiebung der Beendigung der Mitgliedschaft im Klimabündnis. Ursprünglich sollte dies Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 beendet werden.

Nach erfolgreicher Bewerbung wurde die Stadt Halle (Saale) als eine von 10 Testkommunen zur Entwicklung eines kommunalen Planungsassistenten für Klimaschutz und Energie bestätigt („Klimaschutz-Planer“).

Dieses Software-Tool wird federführend vom Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V., in Kooperation mit dem Institut für Energie und Umwelt Heidelberg GmbH (ifeu) und dem Institut dezentrale Energietechnologien gGmbH (IdE) entwickelt und durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert.

Eine Beendigung der Mitgliedschaft zum jetzigen Zeitpunkt gefährde dieses Vorhaben.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion fragte nach dem Vorteil für die Stadt Halle. Herr Zwick erläuterte, dass man als Testkommune steuernd eingreifen könne bei der bundesweiten Harmonisierung der Regeln für die kommunale Energie- und CO₂-Bilanzierung.

Herr Bernstiel, SKE fragte nach dem voraussichtlichen Ende der Testphase und ob zu diesem auch dann die Software erstellt sei. **Herr Zwick** erklärte, dass die Testphase bis Ende 2015 laufe und geplant sei, bis dahin auch die Software erstellt zu haben.

Es erfolgte die Beschlussfassung. **Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** befragte zunächst die Sachkundigen Einwohner nach ihrem Votum. Diese stimmten bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses vom 10.07.2013, für die Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. bis 2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
Sieben ja-Stimmen, zwei Enthaltungen

zu 4.3 Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2012/11313

Frau Trettin und **Herr Pohl** von der Verwaltung sind zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladen worden. **Herr Pohl** stellt die Vorlage vor. Mit dieser Vorlage reagiere man auf das Ansinnen der Stadträte, die wissen wollen-wo stehe man hinsichtlich der Spielflächen in Halle und was hat sich in den letzten 5- 6 Jahren verändert. Hinsichtlich der quantitativen Ausdehnung von Spielflächen orientiere man sich an der bundesweiten Empfehlung von 8 m²/Kind. Auch die Erkenntnisse der eingesetzten „Spielplatztester“ seien in die Konzeption mit eingeflossen. Grundidee sei, dass Spielplätze erhalten werden müssen und eine Erneuerung dann vorgenommen wird, wenn diese notwendig sei und nicht, wenn eine bestimmte Anzahl an Bestandsjahren der jeweiligen Spielfläche erreicht sei.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM erläuterte den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Frau Berthold, SKE erläuterte den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, berichtete, dass er eine Nachricht zum Spielplatz in der Mötzlicher Straße erhalten habe, mit einer Auflistung, was an Spielmöglichkeiten auf diesem Spielplatz darauf stehen müsste und was tatsächlich steht. Er fragte, auf welcher Grundlage diese Entfernung beruhe und das sei auch nicht der einzige Fall für den beklagenswerten Zustand der Spielplätze. Wer sei dafür zuständig?

Frau Trettin, Verwaltung antwortete, dass die Abteilung Stadtgrün des Umweltamtes für die Unterhaltung der Spielplätze zuständig sei, es werde auch einmal pro Woche jeder Spielplatz auf seinen Zustand hin kontrolliert. Es existiere auch eine Bestandsliste, die allerdings, zeitlich bedingt, einer gewissen Änderung unterliege.

Herr Dr. Fikentscher bittet darum, den von ihm geschilderten konkreten Fall mal genauer anzuschauen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion schätzt das vorgelegte Konzept als gut ein, fragte, welchen Wert es angesichts der benötigten finanziellen Mittel und der für den Haushalt eingestellten Mittel allerdings haben könne.

Frau Trettin, Verwaltung erklärte, dass in der vorgelegten Konzeption erstmalig eine genaue Bezifferung des Bedarfs enthalten sei und der Stadtrat damit Vergleichsmöglichkeiten habe. Unter Verweis auf Pkt. 8.6.2 der Konzeption (Bürgerengagement) fragte **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion** danach, welche Öffentlichkeitsarbeit für die Spielplatzpatenschaften geleistet werde und wie man auf Bürger zugehe. **Frau Trettin** erläuterte, dass dies in der Regel über den Kinder- und Jugendbeauftragten laufe und man hier einen guten Zuwachs an Engagement zu verzeichnen habe. Das betreffe weniger finanzielle Mittel als eher die aktive Mitwirkung der Bürger (Kontrollen, Feste organisieren etc.). **Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** meinte, dass sich der in der Spielplatzkonzeption festgestellte Bedarf so im Haushalt 2014 nicht abbilde und dass mit dem Änderungsantrag ihrer Fraktion die Mittel ab 2015 bereit gestellt werden sollten. Man solle zumindest die sehr hohen Prioritäten in die mittelfristige Finanzplanung einordnen. **Herr Bernstiel, SKE** fragte, ob es 2014 Pläne gebe, geschlossene Plätze zu reaktivieren und ob es für 2014 eine Art „Prioritätenliste“ gibt. **Frau Trettin** stellte dar, dass es zwei neue Spielplätze in 2014 geben wird (Thalia und Stadtpark-erweiterung), die Finanzierung dafür sei gesichert. Auch in Halle-Neustadt werden mehrere Spielplätze erneuert und einige sind zur Erweiterung vorgesehen. Man wolle ungern eine „feste“ Liste aufstellen, sondern je nach Situation/Bedarf entscheiden.

Dann wurde über beide Änderungsanträge diskutiert, es ergab sich im Laufe der Diskussion eine Änderung hinsichtlich der im Änderungsantrag von Bündnis 90 /DIE GRÜNEN aufgeführten Spielplätze. Bedenken äußerte **Herr Scholtyssek** dahingehend, dass man mit dem Antrag nicht auf den Haushalt der nächsten Jahre zugreifen könne. Frau Krausbeck

erläuterte, dass kein Zugriff auf den Haushalt erfolge, sondern dem Stadtrat mit dem Haushalt für 2015 ein Vorschlag unterbreitet werden solle.
Frau Trettin erläuterte nochmals kurz, wie sich die Fördermittelsituation darstellt.
Dann erfolgte die Abstimmung. Zunächst wurde über den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM abgestimmt.
Die sachkundigen Einwohner wurden um ihr Votum ersucht. Sie lehnten den Änderungsantrag mit Patt ab.

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Spielflächenkonzeption Halle (Saale) als Handlungsgrundlage zur Entwicklung eines bedarfsgerechten Spielflächenangebotes im Stadtgebiet.
2. Die Spielflächenkonzeption soll nach 5 Jahren **mit der Zielgröße einer Nettospielfläche von durchschnittlich 6 m² pro Kind** fortgeschrieben werden.
3. Die Handlungsvorschläge werden auf Grundlage der getroffenen Prioritätensetzung und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel schrittweise umgesetzt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Höhe der anzumeldenden Haushaltsmittel
 - o für die bauliche Unterhaltung und Pflege der Spielplätze am Unterhaltungskostenbedarf und
 - o für die Grunderneuerung, den Neubau und die Erweiterung von Spielplätzen am Investitionskostenbedarf auszurichten. Die Investitionskosten der Einzelprojekte einschließlich des ggf. erforderlichen Grunderwerbs werden jährlich im Haushaltsplan verankert. Da ein Teil der geplanten Spielplatzflächen außerhalb von Fördergebieten liegt, sind auch Investitionen nur mit städtischen Eigenmitteln in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**zu 4.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage
V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12326**

Dann erfolgte die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die sachkundigen Einwohner votierten mehrheitlich für eine Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird um einen vierten Beschlusspunkt ergänzt:

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, konkret folgende in der Spielflächenkonzeption benannten Maßnahmen mit „sehr hoher Priorität“ im Bereich Grunderneuerung,

Neubau und Erweiterung von Spielplätzen in den Entwurf des dem Haushalt 2015 beizufügenden fortgeschriebenen Investitionsprogrammes aufzunehmen:

- Spielplatz Schülershof
- Spielplatz Nietleben/Heidesee
- **Neubau Spielplatz Friedenstraße Giebichensteinviertel**
- Spielraum Paulusviertel – Umfeld Dürer-Schule
- ~~Spielraum Glaucha – Spielachse-Steg~~

Abstimmungsergebnis: dem geänderten Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

**zu 4.3.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12327**

Dann erfolgte die Abstimmung zum –geänderten- TOP 4. 3

Das Votum der sachkundigen Einwohner erfolgte mit einstimmiger Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

Es wird ein vierter Beschlusspunkt eingefügt:

4. Die Festlegung von Prioritäten zu Erneuerungsmaßnahmen ist nicht ausschließlich auf das Alter des Spielplatzes abzustellen, sondern der konkrete Zustand der Spielplätze, insbesondere im Hinblick auf die vorhandene Nutzbarkeit, ist zu berücksichtigen. Investive Mittel sind effektiv in dem Sinne einzusetzen, dass mit den jeweils in den Haushaltsjahren zur Verfügung stehenden Geldern solche Maßnahmen durchgeführt werden, die eine größtmögliche Zahl an nutzbaren Spielplätzen bewirken.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord
Vorlage: V/2013/12097**

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion erläuterte seinen Antrag, der in diesen Ausschuss durch den Stadtrat verwiesen worden ist. Dieser beinhaltet drei zentrale Forderungen. Er fragte nach dem Stand der Schließung der Reideburger Straße. Weiterhin führte er aus, dass er den Punkt 3 des Antrages als Prüfauftrag für erledigt erkläre. Zu Punkt 2 des Antrages

wünschte er weiterhin eine Kostenschätzung (Einführung Linksabbiegespur im Verhältnis zu Sanierung der Dübener Straße). **Herr Bernstiel, SKE** stellte die Frage, warum dieser Antrag im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten behandelt werde und **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion** verwies auf die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung dazu.

Der Antrag soll hinsichtlich des Punktes 1 im Planungsausschuss weiterberaten werden.

Zunächst gaben die sachkundigen Einwohner ihr Votum ab, sie lehnten den Antrag mit Patt ab.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung setzt sich mit den oberen Verkehrsbehörden mit dem Ziel ins Benehmen, die Reideburger Straße ab Ecke Am Klärwerk dauerhaft zu schließen.
2. Die Stadtverwaltung ermittelt die Kosten, die für eine zusätzliche Linksabbiegespur von der Delitzscher Straße notwendig wären im Verhältnis zu einer grundhaften Instandsetzung der Dübener Straße. Die Stadtverwaltung legt bis Februar 2014 einen Vorschlag vor.
3. Alternativ prüft die Stadtverwaltung, inwiefern der Erschließungsträger für das Bebauungsplangebiet 70.1 an den Kosten für eine grundhafte Instandsetzung der Dübener Straße beteiligt werden kann. Das Ergebnis legt die Stadtverwaltung ebenfalls bis Februar 2014 vor.

Abstimmungsergebnis: Punkt 1- beraten
Punkt 2-zugestimmt
Punkt 3-erledigt

zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013 Vorlage: V/2013/12112

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende führte in den Antrag ein. Insbesondere solle der vorgelegte Hochwasserbericht um die im Beschlussvorschlag benannten Inhalte und einen Umsetzungsplan mit konkreten zeitlichen Festlegungen ergänzt werden.

Frau Wildgrube, Verwaltung legte dar, dass eine nochmalige Anhörung zum ergänzten Hochwasserbericht nicht für erforderlich gehalten werde. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion** verwies darauf, dass es sich hier um Fragen handele, die nicht in den Bericht gehörten sondern in einem Hochwasserschutzkonzept richtig angesiedelt seien. **Herr Bernstiel, SKE** fragte danach, ob die Stadt an einem solchen arbeite. Der Antrag wird im Januar 2014 in der ersten Sitzung des Ausschusses wieder aufgerufen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Berichterstattung zu dem Hochwasserereignis 2013 in Halle vom September 2013 (vgl. Informationsvorlage V/2013/12026) zu ergänzen. Die Ergänzung soll insbesondere folgende Aspekte umfassen:

- Auswertung inwieweit Maßnahmen umgesetzt wurden, die bereits im Hochwasserbericht 09/2011 als notwendig erachtet wurden
 - mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Koordination des Einsatzes von freiwilligen Helfern
 - Darstellung aus Sicht der Stadt erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet von Halle
 - kartografische Darstellung hochwassergefährdeter Bereiche und Hochwasserrisikogebiete in Halle
 - mögliche Auswirkung Hochwasserereignisse auf Bebaubarkeit und Ansiedlungsprojekte in gefährdeten Bereichen
 - Rückbauprojekte
 - Darstellung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses auf das Grundwasser
 - Stand und Notwendigkeiten der Einbeziehung der Stadt in landes- und länderübergreifende Maßnahmenplanungen
 - Vorschlag für eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Halle
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des ergänzten Hochwasserberichtes in öffentlichen Veranstaltungen und im Rahmen einer internetgestützten Konsultation zur Diskussion zu stellen.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen sind nicht gestellt worden.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung gab einen Bericht zum Thema „Wittekind“. Ein Antrag zur Fällung einer Traubenkirsche ist positiv beschieden worden, da diese morsch war und eine extreme Schiefelage aufwies und demzufolge eine Fällung aus Gefahrenabwehrgründen gerechtfertigt war. Hier wird es auch Ersatz geben. Weiterhin muss ein Spitzahorn gefällt werden, da dieser nur 1,2 m von der denkmalgeschützten Villa Margarethe entfernt steht. Durch notwendige Baumaßnahmen an der Villa sind so starke Eingriffe in den Wurzelbereich erforderlich, die ein Erhalten dieses Baumes nicht ermöglichen können. Eine Esche ist baubedingt zu fällen und eine Linde ebenfalls aus Gefahrenabwehrgründen.

Frau Dr. Schöps, SKE, fragte unter Bezugnahme auf die Baumfällliste, lfd. Nr. 185, nach, ob hier die Bewohner der beschatteten Häuser befragt worden seien, ob diese ebenfalls eine Fällung wünschten. Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

Weitere Mitteilungen:

Frau Ruhl-Herpertz berichtete zur Problematik „temporäre Abfallbehälter“ (Anfrage/Beschlusskontrolle) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass dazu noch Abstimmungsbedarf in der Verwaltung bestehe. Das Thema wird in 2014 wieder aufgerufen.

Weiterhin gab sie einen kurzen Bericht zu den künftigen zusätzlichen Aufgaben der Unteren Naturschutzbehörde und verwies dazu auf eine vor der Sitzung ausgeteilte schriftliche Mitteilung. Dazu wird nochmals ausführlich im Rahmen eines Vortrags in der Sitzung des Ausschusses im **März 2014** eingegangen werden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

1. **Herr Scholtyssek**, CDU-Fraktion, fragte, ob es in der Stadt eine Übersicht der Unfälle an den Stellen gibt, an denen sich die stationären Messeinrichtungen („Blitzer“) befinden, sowie eine Übersicht der Unfälle vor deren Installierung.

Weiterhin möchte er eine Übersicht über Unfälle an den Unfallschwerpunkten, an denen weitere Blitzer aufgestellt werden sollen.

2. **Herr Scholtyssek**, CDU-Fraktion, hat durch Anwohner von Lettin die Information erhalten, dass diese sich kostenmäßig an Hochwasserschutzmaßnahmen beteiligen müssen. Die Stadtverwaltung hat die Rechtmäßigkeit dieser Beteiligung geprüft, er fragte, ob dazu eine Information möglich ist.

3. **Herr Hildebrandt**, CDU-Fraktion, hat festgestellt, dass Verkehrszeichen zugewachsen sind (Beispiele: Glauchaer Platz, Reileck) und fragte, ob die Verwaltung über ausreichend Kapazität zur Beseitigung des Bewuchses verfüge.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass die Verwaltung dankbar über entsprechende Hinweise sei, bitte dazu eine Liste übergeben.

4. **Herr Busse**, CDU-Fraktion fragte nach der Parksituation am Jerusalemer Platz und wieviele Unfälle dort zu verzeichnen seien. Weiterhin möchte er wissen, ob man hier eine Einbahnstraßenregelung einführen könnte und sollte.

5. **Frau Krischok**, SKE fragte

1. nach einer Übersicht zu Ordnungswidrigkeiten u. a. zu Sperrmüll, Autos auf Grünflächen („umweltbezogene Delikte“) stadtteilbezogen und schwerpunktbezogen (Zeitraum: 2. HJ 2013).

2. Hinsichtlich der Einhaltung der Sondernutzungssatzung fragte sie, wie weit Freiflächen eingehalten werden müssen für sicheren Verkehr und ob die Verwaltung das ausreichend bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen im Blick habe.

3. Sie fragte, ob die Stadt Flächen für Landfahrer vorgesehen habe und welche Bedingungen dafür gelten.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.02.14

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzender

Renée Fischer
Protokollführerin